

1 Sozialpartnerschaft, was ist das? Im Prinzip handelt es sich um ein Netzwerk der drei großen „Kammern“ (Arbeiter-, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer), der im ÖGB organisierten Gewerkschaften und auch der Industriellenvereinigung. Die Sozialpartner sind die Interessenvertreter der wichtigsten Berufsgruppen in Österreich. Sie versuchen, bei Mindestlöhnen und Lohnerhöhungen Kompromisse zu finden. Man will sich im Verhandlungsweg – ohne Kampf mit Streiks und Demonstrationen oder Aussperrung der Arbeitskräfte – einigen.

2 Das ist jahrzehntelang fast immer gut gegangen, sodass Österreichs Sozialpartnerschaft als internationales Vorzeigemodell gilt. Am Jahresende 2022 ist ihr Funktionieren aber schwieriger als jemals zuvor. Denn die Angestellten brauchen aufgrund der Teuerung und Energiekrise unbedingt jeden Euro mehr, und auch viele Unternehmer stehen aus demselben Grund mit dem Rücken zur Wand.

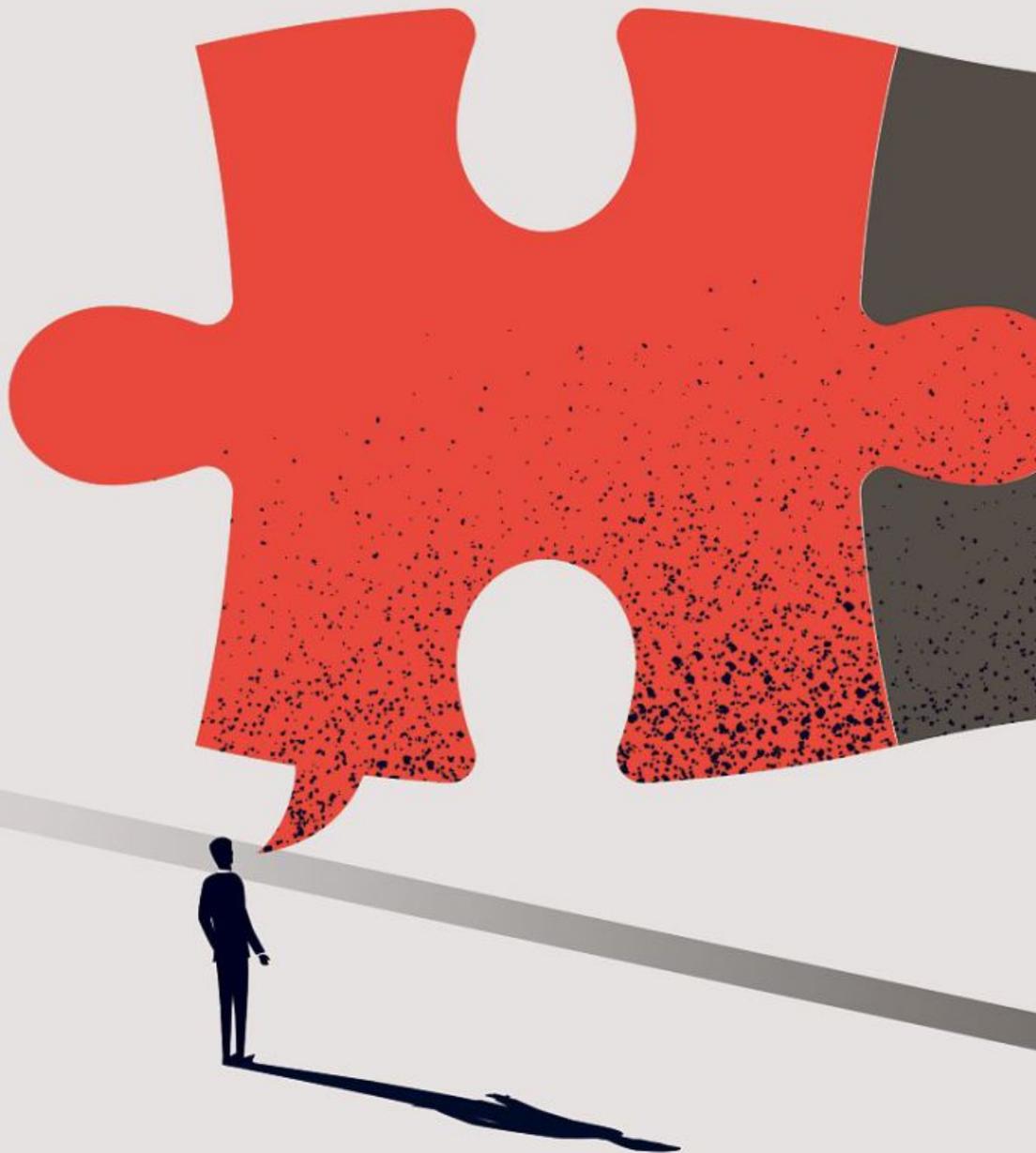
3 So gesehen war der eintägige Streik der Eisenbahner vor ein paar Wochen nur ein laues Lüftchen. Es ist eine Art jährliches Ritual, dass beide Seiten – Gewerkschafter und Firmenvertreter – die Situation dramatisieren, um ihre Verhandlungsposition zu verbessern und zu guter Letzt dennoch einen gemeinsamen Mittelweg zu finden. Wir in den Medien spielen dieses Spiel mit, weil es Spannung und billige Schlagzeilen bringt. Was wäre, wenn aus der Sache ein Riesenkonflikt mit Massenstreiks und Megademos würde?

4 Unsere Alpenrepublik hätte nach der Coronapandemie und den teuren

Die zum Erfolg verdammten Sozialpartner

Alle Jahre wieder. Bei den Lohnverhandlungen versuchen sich Gewerkschafter und Unternehmer zu einigen, ob und wie viel mehr Arbeiter und Angestellte verdienen sollen. Heuer ist das schwieriger denn je. Weil alles so viel teurer wurde. Doch steht dahinter das österreichische Modell der Sozialpartnerschaft.

Diese muss sich mehr bewähren denn je.





PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

Folgen eines nur zwei Flugstunden entfernten Krieges in der Ukraine plötzlich auch einen Arbeitskampf am Hals. Dieser würde sowohl die wirtschaftliche Situation der Firmen als auch jene von deren Mitarbeitern nochmals arg verschlechtern. Das freilich ist unwahrscheinlich. Denn die Sozialpartner sind zum Erfolg ihres Miteinander verdammt.

5 Ihr Modell der Kompromissfindung nennt man Korporatismus, weil die Kammern als Interessenvertreter Exklusivstatus haben. Das bedeutet, dass sich keiner der in Österreich berufstätigen Menschen aussucht, ob er Kammermitglied wird. Genauso darf es immer nur eine und nicht drei, fünf oder zehn Arbeiterkammern geben. Für die Wirtschaftskammer gilt das Gleiche.

6 Der logische Vorwurf gegen jedwede Verpflichtung, irgendwo bei einem Verein oder Verband dabei zu sein, der liegt auf der Hand: Kümmern sich die Kammern auch genug um jedes einzelne Mitglied, wenn sowieso keiner austreten darf? Niedrige Wahlbeteiligungen bei Kammerwahlen zeigen, dass es selbst bei einer geringen Zahl von unzufriedenen Mitgliedern allzu viele Desinteressierte gibt. Also bleibt den Kammernvertretern nur eine Gegenstrategie: große Erfolge in den aktuellen Krisen.

7 Über die Kammern und Gewerkschaften schimpfen, das tun zugegeben vor allem jene, welche dort schwach sind. Parteipolitisch trifft das für FPÖ, Grüne und Neos zu. Diese Parteien mögen inhaltlich überzeugt sein, dass die Sozialpartner etwas Böses seien. Es fällt aber auf, dass sie bei den dortigen Wahlen gegen die Fraktionen von

SPÖ und ÖVP – welche ansonsten längst keine Großparteien mehr sind – sehr deutlich verlieren. Die Blauen, Grünen und Pinken sind hier also gegen etwas, wo sie bisher selber erfolglos waren.

8 1996 gab es zudem eine Urabstimmung über die Pflichtmitgliedschaft, für welche in der Wirtschaftskammer über 80 Prozent und in der Arbeiterkammer über 90 Prozent waren. Sehr unterschiedlich war dabei die Beteiligung der Mitglieder: Bei den Unternehmern nur rund ein Drittel, bei den Arbeitern und Angestellten aber zwei Drittel.

9 Auch der ÖGB – wo es keine Pflichtmitgliedschaft gibt, ein Monopol hat er trotzdem – hat vor rund 20 Jahren eine solche Abstimmung durchgeführt, die mit einer großen Mehrheit von über 90 Prozent für eine Stärkung der Sozialpartnerschaft endete. Was dazu führt, dass die Gewerkschaften 2022 in den Lohnverhandlungen mit den Unternehmen irgendwie im gleichen Boot des Erfolgsdrucks sitzen.

10 Denn wir leben in einer Zeit, in der sich die Politik – und das betrifft Regierungen- und Oppositionsparteien gleichermaßen – in einer tiefen Vertrauenskrise befindet. Zumindest die Bundesparteien aller Farben gelten als heillos zerstritten und erscheinen kaum fähig, sich glaubhaft für unser aller Wohl einzusetzen. Im Umkehrschluss hofft man, dass wenigstens die Sozialpartner daran denken und zugleich Verständnis für die jeweils andere Seite haben. Für Kammern und Gewerkschaften bedeutet diese Erwartungshaltung aber den Zwang guter Ergebnisse bei den Löhnen für alle Beteiligten. Sie müssen liefern.